

26. TAGUNG
Straßburg, 25.-27. März 2014

Ermächtigung von Roma-Jugendlichen durch Partizipation: Effektive Politikgestaltung auf lokaler und regionaler Ebene

Entschließung 366 (2014)¹

1. Die Geschichte der europäischen Unterdrückung der Roma, die vielfältige Formen angenommen hat, geht mehrere Jahrhunderte zurück. Diese Diskriminierung setzt sich bis heute fort, und hat tatsächlich in den letzten Jahren wieder zugenommen.
2. Zahlreiche Versuche wurden auf europäischer Ebene gestartet, die zum Ziel haben, die Achtung der Menschenrechte der Roma zu garantieren und ihre soziale Eingliederung zu fördern. Der Europarat hat 2010 seine Straßburger Erklärung angenommen, in der er sich erneut verpflichtet, sich mit den Menschenrechtsfragen in Bezug auf Roma zu befassen. Die Erklärung besagt, dass die primäre Verantwortung für die Förderung der Integration in den einzelnen Mitgliedstaaten auf nationaler, regionaler und besonders lokaler Ebene liegt.
3. Der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats hat auf diese Erklärung reagiert und die Entschließung 333 (2011) und die Empfehlung 315 (2011) „Die Situation der Roma in Europa: Eine Herausforderung für lokale und regionale Gebietskörperschaften“ angenommen und hat im März 2013 die Europäische Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma ins Leben gerufen.
4. Es ist jedoch strittig, ob diese Ansätze, zu denen auch der Nationale Rahmen zur Integration der Roma der EU und der OSZE-Aktionsplan zur Verbesserung der Situation von Roma und Sinti gehören, ausreichen, um den Bedürfnissen und den Problemen, mit denen junge Roma im Alltag konfrontiert werden, gerecht zu werden.
5. Die Jugendabteilung des Europarats hat einen Aktionsplan für Roma-Jugendliche basierend auf Vorschlägen gestartet, die von 60 Roma-Jugendführern während einer Roma-Jugendkonferenz im Jahr 2011 vorgelegt wurden, um sich mit den von Roma-Jugendlichen erlebten Schwierigkeiten zu befassen und Vorschläge zu unterbreiten, um diese Herausforderungen zu überwinden und die Roma-Jugend zu ermächtigen. Der Kongress der Gemeinden und Regionen hat beschlossen zu untersuchen, welche Strategien und politischen Maßnahmen die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften zu diesem Zweck umsetzen könnten.
6. Junge Roma sind mit ähnlichen Problemen konfrontiert wie die restliche Roma-Gemeinde, u.a. Diskriminierung, Romafeindlichkeit und einem unzureichenden Zugang zu sozialen Rechten. Sie müssen sich aber auch mit tief verwurzelten Roma-Traditionen und dem kulturellen Erbe der Roma auseinandersetzen. Darüber hinaus müssen sie die gleichen Probleme wie alle jungen Menschen heute erleiden: Arbeitslosigkeit, soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung, einen schwierigen Übergang zum Erwachsenenleben und eine unsichere Zukunft.

¹ Diskussion und Annahme durch den Kongress am 26. März 2014, 2. Sitzung (siehe Dokument [CG\(26\)8FINAL](#), Begründungstext), Berichterstatter: Inger LINGE, Schweden (R, EPP/CCE) und John WARMISHAM, Vereinigtes Königreich (L, SOC).

7. Schlechte Bildungsabschlüsse schaffen einen Teufelskreis aus Armut und sozialer Ausgrenzung. Ohne Qualifikationen und berufliche Fertigkeiten ist es schwierig, einen Arbeitsplatz zu finden. Für junge Menschen ist das Ergreifen einer bezahlten Tätigkeit ein wichtiger Schritt in ihrer persönlichen Entwicklung und Formung ihrer Identität. Sie ist eine wichtige Grundlage zur Sicherung des eigenen Lebensunterhalts, für die Teilhabe und für das Finden eines Platzes in der Gesellschaft. Eine bezahlte Tätigkeit ist wichtig, um dem Teufelskreis der Armut zu entfliehen und den Zugang zu anderen sozialen Rechten zu eröffnen, wie z. B. Wohnen und medizinische Versorgung. Ohne Beschäftigung laufen junge Roma Gefahr, dauerhaft von der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen zu werden und in die Unterschicht abzugleiten.

8. Junge Menschen sehen sich heute mit ernststen Herausforderungen konfrontiert, wie z. B. einem schwierigen Übergang zur Selbständigkeit und einer hohen Arbeitslosigkeit, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise ausgelöst wurde. Die Situation junger Roma wird noch durch Stigmatisierung und Diskriminierung verschärft, die sie erleben. Dies ist sogar noch schlimmer für junge Roma-Frauen und Roma-Mädchen und für schutzbedürftige Gruppen, wie z. B. jene mit Behinderungen, LGBT-Personen, Migranten und junge Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung.

9. Da ihre Kenntnisse über ihr kulturelles Erbe und ihre Kultur manchmal unvollständig sind, aber auch weil einige Roma-Jugendaktivisten das Gefühl haben, dass bestimmte Aspekte der Roma-Traditionen der Achtung der Menschenrechte widersprechen, sind sich junge Roma nicht mehr ihrer eigenen Identität sicher.

10. Damit sie in bedeutungsvoller Weise an der Entscheidungsfindung und politischen Gestaltung mitwirken können, müssen Roma-Jugendaktivisten und Roma-Jugendorganisationen gestärkt werden, indem sie Wissen und Fähigkeiten erwerben, damit sie als Interessenvertreter aktiv werden und politische Botschaften formulieren können.

11. Die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften müssen über bloße Lippenbekenntnisse hinausgehen und proaktiv Maßnahmen und politische Ansätze umsetzen, die „der Schaffung einer Umgebung förderlich sind, in der junge Roma frei von Diskriminierung und mit Vertrauen auf ihre Zukunftsaussichten aufwachsen können, bei gleichzeitiger Anerkennung ihres vielfältigen, kulturellen Hintergrunds und Zugehörigkeiten als Jugendliche, als Roma, als Bürger ihrer Staaten und als aktive Europäer.“²

12. Die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften können sich vom Aktionsplan für Roma-Jugendliche des Europarats und dem EU-Leitfaden für Jugendstrategie im Hinblick auf die Erarbeitung unterschiedlicher Möglichkeiten zur Einbindung der Roma-Jugend inspirieren lassen. Diese konkreten politischen Maßnahmen können junge Roma ermächtigen und zu ihrer Integration in die Gesellschaft beitragen.

13. Angesichts des Vorstehenden fordert der Kongress die Gemeinden und Regionen auf:

a. die Empfehlungen in seinen Entschlüssen 333 (2011) „Die Situation der Roma in Europa: Eine Herausforderung für kommunale und regionale Gebietskörperschaften“, 346 (2012) „Jugend und Demokratie: Veränderungen im jugendpolitischen Engagement“ und 319 (2010) „Integration junger Menschen aus benachteiligten Nachbarschaften“ zu implementieren, sofern sie sich auf junge Roma beziehen;

b. sich öffentlich zu verpflichten, mit jungen Roma und deren Organisationen an der Verbesserung ihres Zugangs zu ihren sozialen Rechten zu arbeiten, Diskriminierung und Romafeindlichkeit zu bekämpfen und ihre Teilhabe an der politischen Gestaltung und der Entscheidungsfindung zu fördern;

c. der Europäischen Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma beizutreten;

d. sicherzustellen, dass die Jugendpolitik sich ausdrücklich auf, aber nicht ausschließlich auf Roma-Jugendliche als Zielgruppe bezieht, aber nicht zu Lasten anderer junger Menschen, die ähnliche Lebenssituationen erleben;

e. im Hinblick auf Bildung in Programme zur Förderung des Schulbesuchs und zur Reduzierung der Zahl der Schulabbrecher zu investieren; in Schulen nicht-integrative Praktiken in Frage zu stellen und einen Null-Toleranz-Ansatz im Hinblick auf Mobbing und Diskriminierung anzunehmen, Beschwerdemechanismen einzurichten; Roma-Eltern einzubeziehen, um die kulturellen Kenntnisse der Lehrer, Mitarbeiter und Nicht-Roma-Eltern über Roma zu verbessern; Roma-Eltern über ihre Rechte, Ansprüche und Pflichten in Bezug auf die Bildung ihrer Kinder aufzuklären; außerschulische Angebote zu machen, um den Bildungsstand von Schülern zu verbessern; Informationstage für Schüler mit Gleichaltrigen durchzuführen, die das Bildungssystem erfolgreich absolviert haben, um sie zu ermutigen, sich für ihre Bildung einzusetzen; die Anerkennung von Kompetenzen und Fähigkeiten zu fördern, die durch nicht-formelles Lernen erworben wurden; Roma-Angehörige als Vermittler zwischen Schulen, dem Bildungsministerium und den Roma-Familien einzusetzen; über gute Praktiken aufzuklären, damit die Schulen voneinander lernen können; Roma-Lehrer und Roma-Hilfslehrer einzustellen;

f. im Hinblick auf die Beschäftigung Roma-Mediatoren einzustellen, die berufliche Beratung und Anleitung anbieten; berufliche und allgemeine Weiterbildungskurse durchzuführen; Berufspraktika in kommunalen Einrichtungen anzubieten, um zum Übergang von der Schule auf den Arbeitsmarkt beizutragen;

g. Diskriminierung und Romafeindlichkeit zu bekämpfen, indem sie Gelder oder gleichwertige Unterstützungen für Projekte gewähren, die zum Ziel haben, das Wissen junger Roma über die wichtigsten Konzepte der Menschenrechte, Diskriminierung und Romafeindlichkeit zu stärken oder über diese in Schulen und anderen Institutionen aufzuklären; Veranstaltungen zu organisieren, die junge Roma und andere junge Menschen zusammenbringen, um den kulturellen Dialog und das Lernen zu fördern, um Vorurteile und Stereotypen abzubauen und Vertrauen aufzubauen;

h. dazu beizutragen, die Identität junger Roma durch die Aufnahme der Kultur und der Geschichte der Roma in die Schullehrpläne oder die Durchführung von Aufklärungsveranstaltungen zu diesen Themen zu stärken;

i. die Roma-Jugend zu ermächtigen, indem sie dieser durch die Bereitstellung finanzieller Ausbildungsprogramme über Jugendpartizipation, Menschenrechtsbildung und demokratische Bürgerschaft oder die Aufnahme dieser Themen in die Schullehrpläne ermöglichen, sich in bedeutungsvoller Weise an gemeinsamen Entscheidungsstrukturen zu beteiligen; die Projekte von Roma-Jugendorganisationen zu unterstützen, entweder finanziell oder in gleichwertiger Weise; sicherzustellen, dass lokale Jugendräte die gesamte lokale Jugendbevölkerung vertreten;

j. entweder finanziell oder auf gleichwertige Weise Initiativen zur Stärkung der Führungskompetenzen von Jugendführern und der Kapazität von Roma-Organisationen beizutragen, und allgemein die Bedingungen zu schaffen, die für die Unterstützung der von der Roma-Jugend ergriffenen Initiativen erforderlich sind, um die Roma-Jugendbewegung zu stärken; Jugendarbeiter einzustellen, besonders Roma-Angehörige, um mit den Roma-Gemeinden zu arbeiten;

k. die Kenntnisse über die „No Hate Speech Movement“ des Europarats zu verbreiten.

14. Der Kongress begrüßt den Start des gemeinsamen ROMACT-Projekts von Europarat/Europäischer Kommission im Oktober 2013. Er ermutigt die Europäische Allianz der Städte und Regionen für die Integration der Roma sicherzustellen, dass ihre Teilnehmer in ihrer Politik zur Förderung der Roma-Integration auch die Jugend berücksichtigen.